

I1 Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Gremium: Landesvorstand, Katharina Schulze (KV München), Cemal Bozoglu (KV Augsburg-Stadt), Florian Siekmann (KV München), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt)

Beschlussdatum: 22.01.2024

Tagesordnungspunkt:

1 Unsere Demokratie steht von vielen Seiten unter Druck – aus dem Ausland und aus
2 dem Inland. Die Bedrohung für unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung
3 und den gesellschaftlichen Zusammenhalt wächst. Der Rechtsrutsch in unserem Land
4 nimmt an Fahrt auf. Die Anzahl antisemitischer Vorfälle hat sich stark erhöht.
5 Die neuesten Veröffentlichungen der Correctiv-Recherche "Geheimplan gegen
6 Deutschland" vom 10. Januar 2024 zeigen die menschenverachtenden Pläne
7 rechtsextremer Akteure auf. Bei einem Geheimgetreffen in der Nähe von Potsdam
8 haben AfD-Politiker*innen, Aktivisten der ‚Identitären Bewegung‘, rechtsextreme
9 Burschenschaftler, Mitglieder der ‚Werteunion‘, Verbandsfunktionäre und
10 mittelständische Unternehmer über einen ‚Masterplan‘ beraten. Demnach wollen sie
11 in einer großangelegten Deportation Millionen Menschen aus Deutschland
12 vertreiben, die nicht ihrem völkischen, rassistischen Verständnis von deutscher
13 Staatsbürgerschaft entsprechen. Das ist eine existentielle Bedrohung für
14 Millionen von Menschen in Deutschland. Damit greift diese Gruppe
15 Grundüberzeugungen unserer Verfassung auf radikale Weise an. Das erfordert unser
16 sofortiges und entschiedenes Handeln.

17 Es braucht Bürger*innen, die sich einmischen und engagieren. Die einstehen für
18 unsere Grundwerte und für unsere Freiheit. Es braucht starke Institutionen und
19 eine starke Zivilgesellschaft. Und es braucht Parteien, die sich über alle
20 Parteigrenzen hinweg klar abgrenzen gegen Demokratiefeinde, Antisemiten und
21 Rassisten. Parteien, die unsere Demokratie robust verteidigen. Parteien, die
22 nicht die Feinde der Demokratie hofieren, indem sie ihre Scheinargumente
23 übernehmen oder gar Kooperationen schmieden. Und es braucht Parteien, die immer
24 wieder deutlich machen: Wir sind mehr. Wir GRÜNE begrüßen die vielen
25 Demonstrationen für die Demokratie in ganz Deutschland in den vergangenen
26 Wochen.

27 Als Demokrat*innen müssen wir über alle Parteigrenzen hinweg zusammenhalten

28 gegen diese Feinde unserer Freiheit. Wir streben eine breite demokratische
29 Koalition gegen die rechtsextremen Feinde unserer Demokratie an, sind
30 gesprächsbereit für Ideen und bringen uns mit unseren Vorschlägen aktiv in die
31 Debatte ein.

32 Als Bayerische GRÜNE setzen wir uns für einen 6-Punkte-Plan zur Stärkung der
33 Demokratie in Bayern ein:

34 **1. Bayerische Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und**
35 **Antisemitismus:** Diese Strategie fußt auf Prävention, Demokratieförderung,
36 Deradikalisierung und effektiver Gefahrenabwehr. Wir nehmen auch die neuen
37 Formen des Rechtsextremismus in den Blick und arbeiten grenzüberschreitend
38 zusammen, um sie zu bekämpfen. Rechtsextremisten müssen konsequent
39 entwaffnet und der Fahndungsdruck gegenüber untergetauchten Neonazis und
40 Rechtsextremisten massiv erhöht werden. Bayern braucht eine konsequente
41 Erfassung und Verfolgung von Gewalt und Hetze im Internet. Dafür richten
42 wir eine flächendeckende virtuelle Polizeiwache ein, bei der alle Menschen
43 online Strafanzeige gegen Hass im Netz stellen können.

44 **2. Gut ausgestattete und bürgernahe Sicherheitsbehörden:** Die Polizei muss mit
45 den Mitteln ausgestattet sein, die sie braucht, um effektive und
46 grundrechtssensible Gefahrenabwehr zu betreiben und Straftaten erfolgreich
47 aufzuklären. Es braucht deshalb flächendeckend mehr Personal und moderne
48 Technik. Bei Ausrüstung und Dienstgebäuden lösen wir den Investitionsstau
49 auf. Wir intensivieren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit
50 Sicherheitsbehörden im Ausland und in anderen Bundesländern, denn
51 Kriminalität macht nicht an der Grenze halt. Wir benötigen auch mehr IT-
52 Spezialist*innen und schulen die Beamt*innen flächendeckend in diesem
53 Bereich, denn viele Taten werden online begangen und müssen dort auch
54 verhindert oder aufgeklärt werden. Wir werden deshalb die personellen
55 Kapazitäten und die fachlichen Kompetenzen der Sicherheitsbehörden
56 deutlich verbessern, damit sie Hasskriminalität, Antisemitismus und
57 rechtsextreme Aktivitäten im Netz besser analysieren und verfolgen können.

58 **3. Mehr Demokratie schon in Kindergarten und Schule:** Wir wollen die
59 demokratischen Grundregeln bereits in der frühkindlichen Bildung in Bayern
60 lehren, lernen und erlebbar machen. Denn Bildungseinrichtungen sind
61 zentrale Erfahrungsorte der Demokratie. Kinder sollen in ihrem Alltag in
62 einer Kultur der Mitbestimmung aufwachsen. Deshalb stärken wir auch die
63 Jugendbeteiligung in allen Schulformen. Jugendliche können bei
64 demokratischen Projekten mitstimmen und lernen so, demokratische
65 Verantwortung zu übernehmen. Und sie erfahren, dass verschiedene Meinungen
66 eine Bereicherung sind und dass in einer Gemeinschaft auch Minderheiten
67 geachtet und eingebunden werden sollten. Wir wollen mehr Zeit für
68 politische Bildung an allen Schulformen und in den unterschiedlichsten
69

70 Fächern. Dafür wollen wir auch unsere bayerischen Lehrkräfte entsprechend
71 fortbilden. Mit einem Landesprogramm für Demokratievermittlung machen wir
72 allen Bildungseinrichtungen ein Angebot, wie sie altersgerechte Projekte
73 niedrigschwellig umsetzen können. Das Ziel: In kleinen, aber wertvollen
74 Schritten Demokratie greifbar machen und Medienkompetenz fördern. Wir
75 wollen, dass Kinder früh lernen, Fakten von Meinungen zu unterscheiden,
76 und dass sie die Fähigkeit entwickeln, mit demokratiegefährdenden
Desinformationen souverän umzugehen.

77 **4. Engagierter Einsatz gegen Lügen und Verschwörungsmythen:** Gesellschaftliche
78 Krisen und unsichere Zeiten erleichtern die Verbreitung von „Fake News“
79 und Verschwörungsmythen. Durch Social Media verbreiten sie sich heutzutage
80 viel schneller und sind in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähiger
81 geworden. Bayern braucht eine nachhaltige Strategie gegen die Verbreitung
82 kruder und oft antisemitisch geprägter Verschwörungsideologien und gegen
83 die Gefahr einer Querfront aus verschwörungsideologischen, rechts- und
84 linksextremen Akteur*innen. So legen wir die Vernetzungen der
85 verschiedenen Akteure offen und stärken sachliche zivilgesellschaftliche
86 Aufklärungsarbeit und Präventivangebote. Es ist notwendig, mehr
87 wissenschaftliche Erkenntnisse über neue Formen von Online-Radikalisierung
88 zu fördern und die Mitarbeitenden von Sicherheitsbehörden weiterzubilden
89 über Inhalte, Codes und Wirkungsweisen von Verschwörungsideologien. Nicht
90 zuletzt brauchen wir eine dauerhafte, infrastrukturelle Finanzierung für
91 zivilgesellschaftliche Initiativen zur Stärkung der Demokratie und gegen
92 Verschwörungsmythen.

93 **5. Vielfalt stärken:** Die Vielfalt der Menschen in unserem Land ist seit jeher
94 eine Stärke Bayerns. Wir setzen uns aktiv dafür ein, Vielfalt in allen
95 Bereichen zu fördern, so dass alle Menschen sicher und
96 diskriminierungsfrei miteinander leben und arbeiten können: Menschen
97 unterschiedlicher Herkunft oder Religionszugehörigkeit, verschiedenen
98 Alters, verschiedener Hautfarben, mit unterschiedlicher sexueller
99 Identität oder Orientierung sowie Menschen mit und ohne Behinderungen, mit
100 sichtbaren oder unsichtbaren Einschränkungen. Mit uns gibt es ein Landes-
101 Antidiskriminierungsgesetz, einen Landesaktionsplan gegen Diskriminierung
102 und Rassismus und eine landesweite Bayerische Antidiskriminierungsstelle,
103 wie sie in anderen Bundesländern schon lange die Regel ist.
104 Zivilgesellschaftliche Beratungsangebote für Opfer rechtsextremer,
105 rassistischer oder antisemitischer Gewalt müssen in ganz Bayern ausgebaut
106 und besser ausgestattet werden. Außerdem legen wir ein bayerisches Förder-
107 und Aktionsprogramm zur Stärkung der Zivilgesellschaft auf. Das Ehrenamt
108 ist bei uns in Bayern eine tragende Säule des Miteinanders und ein
109 gesellschaftlicher Kitt. Hier wollen wir mehr Wertschätzung und mehr
110 Unterstützung liefern und ermöglichen, dass alle Menschen in Bayern sich
111 bei ihrem ehrenamtlichen Engagement begegnen.

112 6. **Hass ist keine Alternative für Deutschland:** Die AfD ist eine in großen
113 Teilen rechtsextreme Partei, die den Boden unseres Grundgesetzes verlassen
114 hat. In den vergangenen fünf Jahren hat die AfD mit ihren Anträgen und
115 hetzerischen Reden im Bayerischen Landtag sowie auch in den bayerischen
116 Kommunalparlamenten keinen Zweifel daran gelassen, dass sie für unsere
117 Demokratie und unsere Verfassung nur Verachtung übrig hat. Alle, denen
118 unsere Freiheit und unsere Demokratie in Bayern am Herzen liegen, müssen
119 sich deshalb dafür einsetzen, dass diese Partei bei uns keine Macht
120 übernimmt – egal, ob in der Kommune, im Landkreis oder im Landtag. Deshalb
121 befürworten die GRÜNEN weiter, dass rechtsextreme Strukturen in Bayern mit
122 allen Mitteln des Rechtsstaats konsequent bekämpft und zerschlagen werden.
123 Nach dem Vorbild von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt muss die AfD
124 nun endlich auch in Bayern als eine gesichert rechtsextreme Organisation
125 eingestuft und von den Sicherheitsbehörden entsprechend behandelt werden.
126 Bei Einstellungen und Verbeamtungen im öffentlichen Dienst müssen
127 Mitglieder und Funktionäre der AfD auf ihre Verfassungstreue überprüft
128 werden. Alle Möglichkeiten müssen geprüft werden, wie in Bayern die
129 öffentliche Finanzierung der AfD und parteinaher Stiftungen der AfD
130 beschränkt werden kann. Wir halten auch eine Prüfung eines AfD-Verbots für
131 sinnvoll und notwendig. Wir sprechen uns dafür aus, für einen
132 Verbotsantrag die Erfolgsaussichten gründlich zu prüfen und einen breiten
133 Konsens herzustellen. Wir sprechen uns für eine Sammlung stichhaltiger
134 Belege für einen Verbotsantrag und für eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der
135 Innenministerkonferenz aus. Auch eine einheitliche Bewertung aller
136 Verfassungsschutzämter ist wichtig. Das alleine reicht natürlich nicht.
137 Demokratiebildung, klare Kante und gute Politik sind ebenfalls
138 entscheidend.

Unterstützer*innen

Phoebe Wentz (KV Traunstein), Susanne Herrmann (KV München), Patrizia Eliani Siontas (KV Erlangen-Land), Serdar Akin (KV Augsburg-Stadt), Hannah Judith (KV Augsburg-Stadt), Inge Pütz-Nobis (KV Forchheim), Christian Köhler (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Aila Maria Cäcilia Banach (KV Bayreuth-Stadt), Peter Heilrath (KV München), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Gabriele Masch (KV München), Juni Schandl (BV Grüne Jugend), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Sarah Onken (KV Ebersberg), Frank Dürsch (KV München), Sven-Torsten Gigler (KV München), Nadine Reers-Kleinhenz (KV Nürnberg-Land)

I2 Für ein menschenwürdiges Bürger:innengeld

Antragsteller*in: Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt)
Tagesordnungspunkt:

1 Um Menschen die Teilnahme am Arbeitsleben zu ermöglichen, setzen wir GRÜNE
2 Bayern auf Förderung, Weiterbildung und eigenständige Neuorientierung zur
3 langfristigen Integration in den Arbeitsmarkt. Eigene Erwerbsarbeit muss sich
4 immer lohnen und honoriert werden. Das erreichen wir durch Anreize und gute
5 Löhne.

6 Die Koppelung von Leistungen an das Annehmen von Jobangeboten widerspricht
7 hingegen der Idee des Bürger:innengelds mit seinem Prinzip des Förderns.
8 Sanktionen führen wie auch schon im Hartz IV-System nicht zu weniger Armut.
9 Kürzungen unter das sozio-kulturelle Existenzminimum widersprechen der
10 Menschenwürde und den sozialpolitischen Grundsätzen und Beschlüssen von Bündnis
11 90/Die Grünen.

12 Die Einigung zum Bürger:innengeld war ein schwer erstrittener Kompromiss in
13 Bundestag und Bundesrat. Als GRÜNE konnten wir dabei nicht alle unserer
14 ursprünglichen Forderungen durchsetzen. Dennoch bleibt es ein wichtiger Schritt
15 in die richtige Richtung.

16 Wir GRÜNE Bayern stehen zum Bürger:innengeld und streiten weiterhin für die
17 Verbesserung von Leistungen, für Weiterbildung und für Respekt statt
18 Stigmatisierung. Ein Zurückfallen hinter die Einigung zum Bürger:innengeld aus
19 dem Jahr 2023 wäre ein politischer und moralischer Fehler.

20 Daher fordern wir GRÜNE Bayern die Grünen Mandatsträger:innen und die
21 Bundespartei dazu auf, dem aktuellen Gesetzentwurf aus dem Bundeskabinett und
22 vergleichbaren Einigungen nicht zuzustimmen.

Begründung

Bundestagswahlprogramm 2021, Kapitel 3, S. 111:

"Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und

garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels und kann angesichts großer Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und Chancen und Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die grüne Garantiesicherung ist eine Grundsicherung, die nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird."

Grundsatzprogramm 2020, Kapitel 6, S. 88:

"(321) Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne Existenzangst. Deswegen überwinden wir Hartz IV und ersetzen es durch eine Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. So macht sie Menschen in Zeiten des Wandels stark und eröffnet Chancen und Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben."

Hartz IV war ein Fehler. Menschen wurden stigmatisiert, die Leistungen waren zu gering und wurden bis unter das Existenzminimum gekürzt. Die Kürzungen bis hin zur Einstellung von Mietzahlungen erschwerte bis heute die Wohnraumsuche von Bürgergeldempfänger:innen. Die Jobvermittlung setzte darauf schnell in Arbeit zu vermitteln, statt Weiterbildung zu fördern und langfristige Chancen zu geben. Menschen wurden in Helfer:innenjobs und Maßnahmen vermittelt, die nicht ihren Qualifikationen und Interessen entsprachen, anstatt sie langfristig zu fördern und sie bei der Ausbildung zu dringend benötigten Fachkräften zu unterstützen. Damit wurde in erster Linie ein Niedriglohnsektor geschaffen, der die Betroffenen zwar aus der Arbeitslosenstatistik holte, jedoch nicht aus der Armut. Die Abhängigkeit vom Jobcenter blieb oft langfristig bestehen, sei es durch Aufstocken der Einkünfte oder durch nur kurzfristige Arbeitsverhältnisse.

Diesen Fehler haben wir GRÜNE erkannt und deshalb im Jahr 2023 endlich mit dem Bürger:innengeld einen Paradigmenwechsel auf den Weg gebracht. Wir wollen Menschen bei der langfristigen Integration in den Arbeitsmarkt fördern und unterstützen. Dafür sollen Menschen ohne Arbeit die Möglichkeit haben, sich neu zu orientieren, zu qualifizieren und bei Vermittlungshindernissen unterstützt zu werden. Mit dem Bürger:innengeld machten wir klar: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie hängt nicht von Arbeit ab. Unter das Existenzminimum darf unter keinen Umständen gekürzt werden.

Die Einigung zum Bürger:innengeld war ein schwer erstrittener Kompromiss in Bundestag und Bundesrat. Als GRÜNE konnten wir dabei nicht alle unserer ursprünglichen Forderungen durchsetzen. Dennoch bleibt es ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Diesen dürfen wir nicht zurückgehen.

Der Gesetzesentwurf aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen der Haushaltseinigung, den das Bundeskabinett Anfang Januar 2024 beschloss, geht an die Kernprinzipien des Bürger:innengelds. Durch den Zwang, unter Drohung der Kürzung des gesamten Bürger:innengeld einen Job anzunehmen, sind die gewünschte langfristige Neuorientierung und Qualifizierung nicht mehr möglich. Die Entscheidung, was ein passendes Jobangebot darstellt, liegt nicht bei den Betroffenen, sondern in der Hand der Behörden. Dies bedeutet einen Rückfall in alte Hartz IV-Verhältnisse. Den Menschen wird dadurch nicht Respekt sondern Misstrauen entgegengebracht. Die möglichen Kürzungen haben mit einem würdevollen Leben oder auch nur dem Existenzminimum nichts zu tun. Das Bürger:innengeld ist aber genau das: das Minimum. Ohne dieses werden Menschen etwa in Prostitution und Illegalität getrieben. Armut und Krankheit bedingen sich gegenseitig und je prekärer, desto größer die Probleme für Individuum und Gesellschaft.

"Dach über dem Kopf, aber kein Geld für Essen" kann keine akzeptierte Realität in unserem Sozialsystems sein. Das darf neimals unser grüner Anspruch sein.

Mit knapp 46 Millionen Menschen waren noch nie so viele Menschen wie aktuell in Deutschland erwerbstätig. Ein erheblicher Anteil der Empfänger:innen des Bürger:innengelds ist entweder in Arbeit oder nicht erwerbsfähig (mehr als 2 von 5,5 Mio.). Die Forderung von verschärften Sanktionen sind daher eine Scheindebatte. Wir stellen uns gegen eine derartige Stimmungsmache zu Lasten derer, die in relativer Armut leben müssen. Das Narrativ der faulen Arbeitslosen, der nur unter Androhung der Wegnahme des Existenzminimums ernsthaft nach einer Erwerbsarbeit suchen, beschreibt nicht die Realität.

Eine Zustimmung zu einem Gesetz, das auch nur vergleichbar mit dem öffentlich kommunizierten Beschluss des Bundeskabinetts ist, würde ein menschenunwürdiges System zementieren. Der Vorschlag ist unsozial und betreibt wieder einmal eine Diskursverschiebung nach rechts.

Wir dürfen dabei nicht mitgehen und wir dürfen den Fehler Hartz IV nicht wiederholen!

Unterstützer*innen

Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land), Anna Friedrich (KV Bamberg-Stadt), Anne Schmitt (KV Bamberg-Land), Friederike Scholl (KV Bamberg-Stadt), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Sandra Smolka (KV Freising), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Burkard Wiesmann (KV Regensburg-Stadt), Madeleine Schneider (KV Tirschenreuth), Niko Scholz (KV Bamberg-Stadt), Helena Lakemann (KV Coburg-Stadt), Bernd Leuthäusser (KV Coburg-Stadt), Dagmar Keis-Lechner (KV Kulmbach), Monir Shajedi (KV Regensburg-Stadt), Andrea Hecking (BV KPV Bayern), Konstantin Behling (KV Bamberg-Stadt), Elias Leikeb (KV Bamberg-Stadt), Michaela Reimann (KV Bamberg-Stadt), Eva Günthner (KV Bamberg-Land), Bernd Leuthäusser (KV Coburg-Stadt), Leonie Philine Pfadenhauer (KV Bamberg-Stadt), Miranouk Schleier (KV Bamberg-Stadt), Aila Maria Cäcilia Banach (KV Bayreuth-Stadt), Jonas Langlotz (KV Bamberg-Stadt), Peter Weinmann (KV Bamberg-Land), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Lena Voit (KV Bamberg-Stadt), Michael Dietz (KV Bamberg-Stadt), Susanne Herrmann (KV München), Carla Ober (KV Erlangen-Stadt), Heike Manz (KV Bamberg-Stadt), Katharina Stahl (KV Bamberg-Stadt), Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt), Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt), Zeliha Durmus (BV Grüne Jugend), Christoph Lurz (KV Bamberg-Stadt), Inge Pütz-Nobis (KV Forchheim), Mirjam Novak (KV Forchheim)

I3 Keine Abschiebungen aus Bayern in den Iran!

Antragsteller*in: Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt)
Tagesordnungspunkt:

1 Der Abschiebestopp für den Iran ist in Deutschland zum 31.12.23 ausgelaufen und
2 wurde von der Innenminister*innenkonferenz nicht verlängert, obwohl sich an der
3 politischen Situation im Iran nichts verändert hat. Wir fordern die politischen
4 Entscheidungsträger*innen aller Parteien in Land und Bund auf, sich für eine
5 dringend notwendige bundesweite Verlängerung des Abschiebestops in den Iran
6 einzusetzen. Die Menschenrechtslage im Iran ist hoch problematisch: Ethnische,
7 religiöse und gesellschaftliche Minderheiten werden systematisch unterdrückt und
8 diskriminiert. Meinungs- und Pressefreiheit existieren nicht. Einfache
9 Meinungsäußerungen oder die Teilnahme an Demonstrationen können massive
10 Verfolgung und Tod bedeuten. Zudem werden die Rechte von Frauen und weiblich
11 gelesenen Menschen gesetzlich massiv beschnitten. Vor Gericht gibt es keine
12 rechtsstaatlichen Verfahren. Oft werden in Schnellverfahren Geständnisse unter
13 Folter erzwungen und sexualisierte Gewalt findet Berichten zufolge in iranischen
14 Gefängnissen regelmäßig statt. Hinrichtungen sind an der Tagesordnung und werden
15 als Werkzeug der Einschüchterung und Unterdrückung verwendet.

16 Oft kommt es nach solchen Scheinprozessen zu der Verhängung einer langen
17 Haftstrafe oder der Todesstrafe. Im Jahr 2022 wurden in Iran nahezu 600 Menschen
18 den offiziellen Zahlen zufolge hingerichtet. 2023 waren es mehr als 800
19 Hinrichtungen. Die Menschen sind der Willkür des iranischen Regimes ausgesetzt.
20 Am 23.01.2024 wurde beispielsweise der 24-jährige Mohammad Ghobadlou
21 hingerichtet. Er war einer der ersten Iraner*innen, die bei den Protesten nach
22 dem Tod von Jina Mahsa Amini im Herbst 2022 inhaftiert worden waren.

23 Seit dem Tod der 22-jährigen Kurdin Amini in der Gefangenschaft der iranischen
24 Revolutionsgarden gehen landesweit tausende Iraner*innen auf die Straße und
25 kämpfen für Demokratie und Freiheit. Die Menschen gehen auf die Straße trotz der
26 allgegenwärtigen Gefahr, das mit ihrem Leben zu bezahlen. Tausende
27 Demonstrant*innen wurden seit Beginn der Proteste festgenommen, viele Menschen
28 wurden hingerichtet. Sie sind Held*innen des Kampfes für Demokratie und
29 Menschenrechte, denen unsere Solidarität gelten muss. Auch in Deutschland haben
30 sich tausende Menschen mit ihnen solidarisiert. Die Iranischstämmigen unter
31 ihnen sind selbst in Deutschland mit Angriffen und Einschüchterungsversuchen
32 konfrontiert und müssen im Falle einer Abschiebung auch diesbezüglich Repression
33 und Verfolgung befürchten.

34 Parteiübergreifend haben in Deutschland Politiker*innen Patenschaften für
35 politische Gefangene in Iran übernommen. Die in Iran inhaftierte
36 Menschenrechtlerin Narges Mohammadi wurde 2023 mit dem Friedensnobelpreis
37 ausgezeichnet. Dies ist ein klares Bekenntnis Deutschlands und der
38 Weltgemeinschaft, den Freiheitskampf der iranischen Bevölkerung anzuerkennen und
39 die Menschenrechte in Iran zu verteidigen.

40 Unrecht und Menschenrechtsverletzungen im Iran zu stoppen, bleibt weiterhin die
41 Aufgabe der iranischen Bevölkerung. Diejenigen unter ihnen, die in der Hoffnung
42 auf Schutz vor Repression und Menschenrechtsverletzungen nach Deutschland
43 gekommen sind, zu schützen, ist das Wenigste, was Deutschland und Bayern machen
44 können, um einen Beitrag zu einer beispiellosen Bewegung für Demokratie, Frauen-
45 und Menschenrechte in der Region zu leisten. Menschen in ein Land abzuschieben,
46 in dem es keinerlei Garantie für die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien
47 gibt und in dem bei kleinster Kritik willkürliche Verhaftungen, Folter und
48 Todesstrafe drohen, ist verantwortungslos und absolut unvereinbar mit unseren
49 Werten.

50 Daher fordern wir die bayerische Landesregierung und die
51 Innenminister*innenkonferenz dringend auf, den Abschiebestopp umgehend zu
52 verlängern und viel mehr geflüchteten Iraner*innen einen dauerhaften Schutz in
53 Deutschland und Bayern zu bieten.

Unterstützer*innen

Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Sandra Smolka (KV Freising), Madeleine Schneider (KV Tirschenreuth), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Angela Büttner (KV München), Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt), Claudia Hammerbacher (KV Nürnberg-Stadt), Aron Noah Skopp (KV Nürnberg-Stadt), Karim Belkacem (KV Regensburg-Stadt), Susanne Herrmann (KV München), Carla Ober (KV Erlangen-Stadt), Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt), Martha Glück (KV Regensburg-Stadt), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Nimet Gökmenoglu (KV München), Bernd Stöckeler (KV Freising), Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Christian Köhler (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Umut Sahverdi (KV Nürnberg-Stadt), Leon Eckert (KV Freising), Marion Lüttig (KV München), Zeliha Durmus (BV Grüne Jugend), Maria Piller (KV Regen), Michaela Reimann (KV Bamberg-Stadt), Inge Pütz-Nobis (KV Forchheim), Sven-Torsten Gigler (KV München), Nadine Reers-Kleinhenz (KV Nürnberg-Land), Arya Gruber (KV München), Julia Bailey (KV Erlangen-Stadt)

I4 Bayerische Landwirtschaft – fit für die Zukunft

Antragsteller*in: Mia Goller (KV Rottal-Inn), Gisela Sengl
(KV Traunstein), Bernhard Zimmer (KV
Berchtesgadener Land), Gerhard Waas (KV
Miesbach)

Tagesordnungspunkt:

1 Wir Grüne stehen auf den Seiten der Landwirt*innen, wenn Einsparungen zu Lasten
2 der Betriebe und der Umwelt gehen oder die Lenkungswirkung fragwürdig ist. Wir
3 verwehren uns allerdings gegen Protestformen, die zu Gewalt aufrufen,
4 Politiker*innen bedrohen und für rassistische, rechtsradikale und
5 demokratiegefährdende Zwecke benutzt werden.

6 Deshalb ist es jetzt an der Zeit, sich wieder sachlich den Herausforderungen
7 zuzuwenden, um die bayerische Landwirtschaft fit für die Zukunft zu machen.

8 Wir Grüne wollen:

9 Tierwohlschlag

10 Für den Umbau der Tierhaltung liegen die Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes
11 Nutztierhaltung (Borchert-Kommission) vor: Tierhaltung muß klima-, umwelt- und
12 tiergerecht werden. Landwirt*innen brauchen aber einen sicheren und
13 verlässlichen Ausgleich für die Mehrkosten des hohen Tierwohlniveaus und ein
14 Mindestmaß an Planungssicherheit. Dafür schlägt die Borchert-Kommission
15 langfristige staatliche Tierwohlprämien bei schrittweiser Erhöhung des
16 Tierwohlniveaus vor. Wir setzen uns für die Einführung eines solchen
17 Tierwohlschlages (in der Debatte oft verkürzt als „Tierwohlcent“ umschrieben)
18 ein.

19 Bayern bleibt gentechnikfrei

20 Der vorsorgende Verbraucher*innenschutz und die gesicherte gentechnikfreie
21 Landwirtschaft müssen erhalten bleiben. Konzerninteressen dürfen nicht vor dem
22 Schutz der Verbraucher*innen, der Umwelt und der natürlichen Artenvielfalt
23 stehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass gentechnisch veränderte
24 Erzeugnisse, d. h. auch die neuen genomischen Techniken (NGT), zukünftig als

25 solche gekennzeichnet werden müssen.

26 **Keine Spekulation mit landwirtschaftlichem Boden**

27 Seit 2005 sind die Bodenpreise in Deutschland um 200% gestiegen; Bayern liegt
28 dabei an der Spitze. Wenn die Preise weiter so steigen, kann sich ein normaler
29 landwirtschaftlicher Betrieb keine Flächen mehr kaufen oder pachten. Die Folgen
30 sind Betriebsaufgaben und eine schleichende Eigentumsverschiebung hin zu
31 Investoren, die jetzt schon immer größere Akteure am Bodenmarkt werden. Durch
32 größere Transparenz, eine Verschärfung der Preismissbrauchsklausel, strengere
33 Regelungen bei Share-Deals und die Abschaffung der doppelten Grunderwerbssteuer
34 verhindern wir den Ausverkauf von guten Böden. Wir setzen uns dafür ein, dass
35 landwirtschaftlicher Boden in den Händen von Landwirtinnen und Landwirten
36 bleibt.

37 **Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen**

38 Finanzielle Unterstützung für die Landwirtschaft ist richtig und wichtig. Aber
39 die Gelder müssen gerechter und sinnvoller verteilt werden. Um die
40 Landwirtschaft zukunftssicher aufstellen zu können, dürfen die Gelder nicht mehr
41 gießkannenmäßig nach Fläche verteilt werden, sondern müssen an ökologische
42 Leistungen gebunden werden, die dazu beitragen, das Tierwohl zu verbessern und
43 den Boden, das Wasser, die Arten und die Umwelt schützen.

44 **Faire Erzeugerpreise**

45 Die Preise, die landwirtschaftliche Betriebe für ihre Erzeugnisse erhalten,
46 müssen auskömmlich sein. Das heißt: sie dürfen nicht mehr weiterhin vom Handel
47 oder Verarbeitern (wie z. B. Molkereien) diktiert werden, denn so verbleiben die
48 Gewinne größtenteils bei Verarbeitern und Handelsketten. Wir setzen uns dafür
49 ein, die Marktstellung der Bäuerinnen und Bauern / Erzeugergemeinschaften zu
50 verbessern.

51 Für die Umsetzung dieser Ziele werden wir uns auf allen politischen Ebenen
52 einsetzen.

Unterstützer*innen

Angelika Maier (KV Traunstein), Elisabeth Heinbucher (KV Traunstein), Sebastian Heller
(KV Traunstein), Stephanie Schuhknecht (KV Augsburg- Stadt), Anne Schmitt (KV
Bamberg- Land), Uli Schweiger (KV BGL), Christian Zwanziger (KV Erlangen- Stadt),
Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg- Land), Kerstin Daser (KV Mühldorf), Stefanie Auer
(KV Passau- Stadt), Andreas Auer (KV Passau- Stadt), Lisa Stockmann (KV FFB),

Dorothea Seider (KV Kelheim), Maria Krieger (KV Kelheim), Rosi Steinberger (KV Landshut Land), Ludwig Sporrer (KV München), Verena Machnik (KV Starnberg), Maren Lex (KV Deggendorf), Claudius Rafflenbeul- Schaub (KV Miesbach), Martina Neubauer (KV Starnberg), Lendita Musliji (KV München), Constantin Jahn (KV München), Britta Boye (KV Traunstein), Florina Vilgertshofer (KV München), Christoph Lochmüller (KV Ebersberg), Sarah Onken (KV Ebersberg), Johannes Newald (KV Fürth-Stadt), Johannes Poller (KV Traunstein), Wolfgang Ehrenlechner (KV Berchtesgadener Land), Inge Pütz-Nobis (KV Forchheim)

I5 Keine Eurofighter für Saudi-Arabien!

Antragsteller*in: Sandra Smolka (KV Freising)

Tagesordnungspunkt:

1 Im Oktober 2022 hat die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis90/Die Grünen in
2 einem Beschluss festgehalten: "[...] Die Regierung von Saudi-Arabien begeht
3 nachweislich massive Menschenrechtsverletzungen und ist Kriegspartei im Jemen-
4 Krieg. Deswegen lehnen wir jegliche Rüstungsexporte an Saudi-Arabien ab. Wir
5 streben auch einen europäischen Rüstungsexportstopp für Saudi-Arabien und ein
6 europäisches Waffenembargo gegenüber anderen Staaten an, solange diese
7 nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Die von Saudi-Arabien
8 geführte Koalition hat in den vergangenen Jahren tausende Luftangriffe im Jemen
9 geflogen und damit und mit der Blockade des Landes zu einer der größten
10 humanitären Katastrophen unserer Zeit beigetragen. [...]"

11 Vor dem Hintergrund der Ankündigung der Bundesregierung, nun trotz der
12 menschenrechtlichen Bedenken den Weg für die Lieferung von Eurofighter Kampffjets
13 nach Saudi Arabien freizumachen, bekräftigt Bündnis90/Die Grünen Bayern diesen
14 Beschluss mit Nachdruck.

15 Die Parteien der Bundesregierung haben in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten:
16 "[...] Wir erteilen keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten,
17 solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. [...]"

18 Wir begrüßen zwar, dass Saudi Arabien in den letzten Monaten eine konstruktivere
19 Rolle im Nahen Osten eingenommen hat und sich auch für eine Wiederaufnahme
20 diplomatischer Beziehungen mit dem Jemen offen gezeigt hat. Doch Saudi Arabien
21 ist noch immer Konfliktpartei im Jemenkrieg und hat mit seinen Interventionen im
22 Jemen tausende Zivilist*innen getötet und eine humanitäre Katastrophe
23 mitverursacht, unter der die Zivilbevölkerung nach wie vor leidet.

24 Wir nehmen trotzdem zur Kenntnis, dass Saudi Arabien durch die Intensivierung
25 der diplomatischen Kontakte zu Israel in den letzten Jahren bei der Vermittlung
26 im Nahostkonflikt mit der arabischen Welt eine konstruktive Rolle einnehmen
27 könnte.

28 Dennoch ist Saudi Arabien noch lange kein verlässliches Regime, sondern eine
29 fossile Diktatur, die eine eigennützige Bündnispolitik verfolgt, um die

30 Hegemonie im Nahen Osten zu erlangen. Nach wie vor finden tagtäglich
31 Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Hinrichtungen politischer Gegner statt und
32 es gibt keinerlei Garantien dafür, dass die Kampffjets nicht wie im Jemenkrieg
33 für völkerrechts- und menschenrechtswidrige Interventionen gegen Zivilist*innen
34 missbraucht werden. Auch ist offen, ob das in Teilen antisemitische Regime
35 wirklich dauerhaft zur Sicherheit Israels steht.

36 Bündnis 90/Die Grünen Bayern rufen die Bundesregierung dazu auf, den
37 Koalitionsvertrag einzuhalten und keine Waffenlieferungen an Saudi Arabien
38 freizugeben.

Unterstützer*innen

Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land),
Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt),
Burkard Wiesmann (KV Regensburg-Stadt), Angela Büttner (KV München- Stadt), Oliver
Groth (KV Regensburg-Stadt), Paula Heess (KV Bayreuth-Stadt), Helene Sigloch (KV
Regensburg-Stadt), Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Madeleine Schneider (KV
Tirschenreuth), Sven-Torsten Gigler (KV München-Stadt), David Distel (KV München-
Stadt), Kornelia Haslbeck (KV Pfaffenhofen), Reno Wohlschläger (KV Pfaffenhofen),
Lukas Töpfer (KV Bayreuth-Land), Helena Lakemann (KV Coburg-Stadt), Monir Shahedi
(KV Regensburg-Stadt), Martha Glück (KV Regensburg-Stadt), Leon Eckert (KV Freising)